

## **Anhang Teil C – Vorhaben zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie bei Anlagen der öffentlichen Abwasserentsorgung**

### **Ergänzungen zu den Regelungen der Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWAs 2025)**

#### **Zu Nr. 4 Zuwendungsvoraussetzungen**

- 4.3 Es werden nur Vorhaben gefördert, deren zuwendungsfähige Ausgaben mehr als 50 000 Euro betragen.

#### **Zu Nr. 5.2.4 Ausgaben der Architekten- und Ingenieurleistungen**

<sup>1</sup>Die Ausgaben der Architekten- und Ingenieurleistungen werden mit einem pauschalen Zuschlag von 10 % auf die Summe der ermittelten Investitionsausgaben nach Nr. 5.2.2.1 zugerechnet, sofern die Pauschale nicht entfällt. <sup>2</sup>Liegt die Summe der ermittelten Investitionsausgaben über fünf Millionen Euro, beträgt der Zuschlag 9 %. <sup>3</sup>Für gesonderte Alternativplanungen (wenigstens Leistungsphase 1 und 2) erhöht sich der Pauschalzuschlag je beauftragtem weiteren Ingenieurbüro um 1,5, maximal um 3,0 Prozentpunkte. <sup>4</sup>Die tatsächlich angefallenen Ausgaben für Architekten- und Ingenieurleistungen sind, soweit sie im Bauausgabebuch erfasst werden, dort als nicht zuwendungsfähig auszuweisen.

#### **Zu Nr. 5.3 Nicht zuwendungsfähige Ausgaben**

Zusätzlich zu den Nrn. 5.3.1 bis 5.3.6 sind nicht zuwendungsfähig:

- 5.3.7 Baunebenkosten, unbeschadet für Leistungen nach Nr. 5.2.2.4,
- 5.3.8 Ausgaben für die Unterhaltung und den Betrieb sowie für die Instandsetzung bestehender Anlagen infolge ungenügender Unterhaltung oder unsachgemäßer Benutzung und
- 5.3.9 die verrechnete Abwasserabgabe nach § 10 Abs. 3 des Abwasserabgabengesetzes (AbwAG) und Art. 9 des Bayerischen Gesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes (BayAbwAG).

#### **Zu Nr. 5.4 Höhe der Zuwendung**

Die Zuwendung beträgt bis zu 50 % der zuwendungsfähigen Ausgaben, maximal eine Million Euro.

#### **Nr. 5.5 Förderausschluss**

Nach Art. 16 Abs. 1 Satz 3 BayAbwAG ist für Zuführungsanlagen eine Förderung gänzlich ausgeschlossen, wenn für diese gemäß § 10 Abs. 4 AbwAG eine Verrechnung nach dem 1. Januar 2007 erklärt worden ist.